

Akzentverschiebung in der deutschen Außenpolitik: Mehr Gewicht für Lateinamerika?

TEXT: TJARK EGENHOFF*

Die Erwartungen an Angela Merkel waren sowohl im In- als auch im Ausland von Anfang an hoch gesteckt: In Deutschland gilt es, die Arbeitslosigkeit spürbar zu senken und das Vertrauen in eine schwierige Reformagenda wiederzuerlangen. Außenpolitisch hat man ihr keine Schonfrist gegönnt: Die EU stand ohne verabschiedeten Finanzplan für die kommenden Jahre da und Washington erwartete beim Antrittsbesuch neue Töne aus Berlin. Die Chance, neue Akzente in der deutschen Außenpolitik setzen zu können, weckt gleichsam Erwartungen bei unterschiedlichsten Akteuren. So besteht auch die Hoffnung, dass die Lateinamerikapolitik wieder an Gewicht auf der außenpolitischen Agenda Deutschlands gewinnen könnte.

Die politische Karriere der neuen Kanzlerin ist stark mit der jüngsten deutschen Geschichte verwoben: Die deutsche Wende 1990 leitete ihre Hinwendung zur Politik ein und nach lediglich fünfzehn Jahren politischer Aktivität ist sie die erste Frau an der Spitze einer deutschen Bundesregierung. Dass Merkel in Hamburg geboren wurde, weiss

kaum jemand in Deutschland. Bekannt ist, dass sie als Tochter eines protestantischen Pfarrers in Ostdeutschland aufwuchs, wo sie sich wissenschaftlich mit Physik und Chemie beschäftigte. Daher rührt ihr Ruf, anders als ihre männlichen Vorgänger eher sachlich, aber auch emotionslos politische Herausforderungen anzunehmen. Dennoch scheint ihre Art, politische Inhalte zu kommunizieren durchaus erfolgreich: Sie ist nach nur kurzer Zeit im Amt zur beliebtesten Politikerin Deutschlands geworden.

Gerade diese Sachlichkeit bereitete ihr einen gelungenen Start. Mit wenig Pathos, dafür mit politischem Geschick, hat Merkel es verstanden, bei den festgefahrenen Verhandlungen um den Finanzrahmen der EU Ende letzten Jahres die traditionelle Maklerrolle einzunehmen, die Deutschland seit längerem abgelegt hatte. Ihre Ankündigung, die Beziehungen zu den kleineren Mitgliedstaaten der EU zu intensivieren, wird keineswegs unbeachtet bleiben: Die Geste Deutschlands zugunsten der strukturschwachen Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteu-

ropa mehr in den gemeinsamen Haushalt einzuzahlen, ist sicherlich ein wichtiges Signal. Dennoch werden diese sehr genau darauf achten, wie sich Deutschland auf europäischem Parkett bewegen und insbesondere wie sich das enge Verhältnis zu Russland entwickeln wird. Auch hier kann Merkel sich lediglich zwischen Kontinuität und Akzentverschiebung bewegen, wie der Besuch in Moskau zeigte. Dennoch: Eine Ostpolitik, die den Blick nicht nur nach Moskau richtet, unterstreicht das Gespür für das historische Schicksal Europas.

Dass Europapolitik eben auch mit Symbolik zu tun hat, ist auch der ehemaligen Bundesministerin Merkel nicht unbekannt. Der Einblick in europäische Verhandlungen, lange bevor sie am Tisch der Staats- und Regierungschef Platz nehmen durfte, ist ihr bei ihrem europäischen Debut sicherlich zugute gekommen. Sie hat das bestehende Machtvakuum in der Europäischen Union genutzt. Auch wenn sie sowohl Chirac und Blair zunächst auf Distanz hielt, war die Kanzlerin gut beraten ihre erste Auslandsreise nach Paris zu machen. Denn eines ist klar: Nur mit den Franzosen, die die Vision eines politischen Europas mit den Deutschen teilen, ist

Das erste Zusammentreffen mit den Staats- und Regierungschefs aus Lateinamerika wird im Mai in Wien auf dem EU-Lateinamerikagipfel stattfinden.



Bild: Andrea Bienenert /BPA

Welchen Stellenwert hat Lateinamerika für Bundeskanzlerin Merkel?

Europa erfolgreich weiterzuentwickeln. Gleichzeitig hat sie mit dem Zwischenstopp in Brüssel gezeigt, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit keine Exklusivität besitzt. Jetzt hat die neue Bundesregierung die Möglichkeit, mit Ideenreichtum, Pioniergeist und mit finanziellen Zugeständnissen die seit langem erkannten Probleme Europas anzupacken. Europa bietet die Möglichkeit, einer gemeinsamen Lateinamerikapolitik Schärfe zu verleihen und die Partnerschaft mit Brasilien an gegenseitigen Interessen strategisch auszurichten.

Natürlich ist es nach der Schröder Zeit nicht schwer, außenpolitisch als Mittler aufzutreten. Merkel hat den Vorteil, durch eine veränderte Tonlage neues Vertrauen aufbauen zu können. Dies gilt insbesondere für die Beziehungen mit Washington. So kann die Kanzlerin die Idee ihres Vorgängers aufgreifen, der die NATO zum zentralen Diskussionforum

der transatlantischen Partnerschaft machen wollte, ohne dass die amerikanische Regierung dahinter versteckte Absichten erkennt. Unterstrichen hat sie ihre Absicht an einer vertieften strategischen Diskussion über den Atlantik mit der Ankündigung, an der alljährlich stattfindenden Sicherheitskonferenz in München teilzunehmen. Merkel hat nun die Möglichkeit, die durchaus kontroverse Agenda mit den USA auf konstruktive Weise anzugehen, ohne fundamentale Fragen wie die Behandlung der Häftlinge in Guantánamo oder aber die Frage nach CIA-Gefangenenlagern in Europa auszuklammern. Gerade für die offene Ansprache dieser sowohl für die deutsche aber auch die europäische Öffentlichkeit wichtigen Fragen, hat sie nach ihrem Antrittsbesuch in Washington viel Lob erfahren.

Mit Lateinamerika verbindet sie seit ihrer Zeit als Umweltministerin die gemeinsame Sorge

des Umweltschutzes, insbesondere was den in Rio 1992 angestoßenen Klimaschutzprozess angeht. Im neuen Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD findet sich daher auch Lateinamerika als strategischer Partner Deutschlands wieder. Dort heißt es: „Wir wollen den Beziehungen zu den Staaten Lateinamerikas sowie der Karibik die Bedeutung geben, die diese traditionelle Partnerschaft verdient, und damit unsere Interessen an regionaler Stabilität, Demokratie, Prosperität, regen Wirtschaftsbeziehungen und kulturellem Austausch verwirklichen und einen Beitrag im Kampf gegen Drogenhandel und Terrorismus leisten“. Das erste Zusammentreffen mit den Staats- und Regierungschefs aus Lateinamerika wird im Mai in Wien auf dem EU- Lateinamerikagipfel stattfinden. Es bleibt zu hoffen, dass sich daraus ein baldiger Besuch in Brasilien ergibt, um die Absichten der Regierung gegenüber der Region mit Leben zu füllen. ■